

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Gieseking-Straße 22, 30159 Hannover

Landesfrauenrat Niedersachsen e.V.
z.Hd. Frau Övermöhle-Mühlbach
Hilde-Schneider-Allee 25
30173 Hannover

LAG Gleichstellung, p.A.: Vernetzungsstelle
z.Hd. Frau Lenz
Sodenstr. 2
30161 Hannover

Hannover, 23. Mai 2022
Zeichen: HG

Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation

Tel.: (0511) 2 80 71 0
Mobil: 0151 4167 8105
Fax: (0511) 2 80 71 25
E-Mail: nds@fdp.de
Internet: www.fdp-nds.de

Wahlprüfsteine 2022 Landesfrauenrat Niedersachsen e.V. & Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen

Sehr geehrte Frau Övermöhle-Mühlbach,
sehr geehrte Frau Lenz,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer 10 politischen Handlungsfelder. Den größten Handlungsbedarf innerhalb dieser Felder sehen wir im Bereich Bildung. Bildung legt den Grundstein für ein selbstbestimmtes Leben mit vielen Möglichkeiten und Chancen der Selbstverwirklichung.

Zu den einzelnen Themenblöcken:

1. BILDUNG UND AUSBILDUNG

Wir Freie Demokraten verfolgen eine Bildungspolitik, die eine Bildungskette von der frühkindlichen Bildung über den Schul- und Berufsabschluss und das Studium bis hin zum lebenslangen Lernen schafft und dabei Wert auf Freiheit und weitestgehende Autonomie der Bildungseinrichtungen legt. Unser Anspruch ist, jede Schülerin und jeden Schüler in Niedersachsen dazu zu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben führen und Verantwortung für sich und sein Umfeld übernehmen zu können.

- Kinder müssen eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Wir Freie Demokraten fordern daher eine MINT-Offensive. Dazu gehört für uns auch ein gezieltes Maßnahmenpaket für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich.
- Ihre Forderung nach zukunftsfähigen Konzepten für die Berufswahlorientierung von Mädchen und Jungen teilen wir.
- Die Veränderungsprozesse der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, dass sich Berufsbilder und Lebensverhältnisse wandeln. Vor diesem Hintergrund ist es für uns klar, dass es vor allem einer Kultur der Weiterbildung und eines breiten Angebots der Weiterbildung für die Bürgerinnen und Bürger durch Engagement von Wirtschaft, Verbänden,

aber auch des Landes bedarf. Wir werden die vielfältigen Angebote von Weiterbildungen in Niedersachsen bündeln und auf einer gemeinsamen Plattform für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich machen. Wir wollen die Vielzahl von Bildungsangeboten für lebenslanges Lernen von öffentlichen und privaten Anbietern transparent und strukturiert auf einer zentralen digitalen Plattform einsehbar und buchbar machen. Diese digitale Bildungsarena soll den Zugang zu Weiterbildungen erleichtern, gleichzeitig die Anerkennung erworbener Kompetenzen erleichtern und auf individuellen Wunsch auch dokumentieren und archivieren.

- Die Verzahnung von Gender- und Digitalisierungskompetenz kann auch aus unserer Sicht ein sinnvoller Baustein sein, um die Zusammenhänge zwischen Technik, Gesellschaft und Geschlecht deutlich zu machen.
- Wir verstehen die Digitalisierung als eine der größten Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Sie schafft zudem die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Eine neue Digitalpolitik beschränkt sich daher nicht nur auf Fragen der Infrastrukturen und Technologien als Standortfaktor, sondern hat einen besonderen Schwerpunkt auch bei Bildung und Teilhabe. Für uns gilt es, die Digitalisierungskompetenzen insgesamt zu stärken.

2. DIGITALISIERUNG GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN

Wir Freie Demokraten wollen sicherstellen, dass die Menschen in Niedersachsen die Chancen des digitalen Fortschritts ergreifen können. Voraussetzungen hierfür sind der flächendeckende Ausbau der digitalen Infrastruktur mittels Glasfasertechnologie und ein diskriminierungsfreier Internetzugang durch Netzneutralität. Zudem setzen wir auf bessere rechtliche Rahmenbedingungen für die digitale Ökonomie, flexiblere Arbeitszeitmodelle sowie die Wiederherstellung der informationellen Selbstbestimmung der Bürger.

- Eine gerechte Strategie braucht eine klare Struktur. Diese wollen wir durch ein Digitalministerium schaffen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass geteilte Zuständigkeit und Verantwortung zu Stillstand führt. Daher muss es in der Landesregierung einen Digitalminister oder eine Digitalministerin geben, der oder die sowohl für den Teil der Infrastruk-

tur, die Regulierung, die Datensicherheit, die digitale Verwaltung und auch die technische Ausstattung der Verwaltung zuständig ist.

- Wir stehen zu einer diskriminierungsfreien Digitalisierung und werden uns auch in diesem Sinne einsetzen.
- Die moderne Arbeitswelt bietet vielfältige Chancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Selbstständige und Unternehmen. Sie ermöglicht vor allem ein Mehr an individueller Freiheit und Selbstbestimmung. Auch um eine Vermischung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu verhindern, wollen wir mehr Flexibilität. Ein Weg könnte eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit sein. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein.
- Sämtliche Kompetenzen müssen unserer Auffassung nach diskriminierungsfrei in Arbeitsbewertungen einbezogen werden.
- Schon jetzt ändern sich Unternehmenskulturen durch den demografischen Wandel rasant. Die Coronapandemie hat diesen Wandel insbesondere im Hinblick auf digitales Arbeiten noch beschleunigt. Wir begrüßen die bisherigen Verbesserungen und teilen die Auffassung, dass weitere Modernisierungen notwendig sind.

3. ERWERBSARBEIT UND SOZIALE SICHERUNG

Liberaler Arbeitsmarktpolitik soll alle Menschen befähigen und es ihnen ermöglichen, eine Arbeit zu finden. Frauen und insbesondere Alleinerziehende haben oftmals das Problem, dass sie nicht so arbeiten können, wie sie wollen. Hier gilt es den Betroffenen so gut wie möglich zu helfen. Hierzu wollen wir beispielsweise die Betreuungszeiten in den Kindertagesstätten ausweiten.

- Auch wir sehen die Probleme, wenn Menschen zu lange nur in Minijobs arbeiten. Der Grund hierfür liegt aber nicht in den Minijobs an sich, sondern an den nicht zeitgemäßen Betreuungszeitmodellen oder auch an der veralteten Steuerklasse V. Statistisch besteht die absolute Mehrzahl der Minijobber aus Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden, Schülerinnen und Schülern. Für sie ist es keine prekäre Beschäftigung, sondern die ideale Möglichkeit, sich etwas hinzuzuverdienen. Eine Vollzeitstelle wäre hier überhaupt keine realistische Alternative. Wir begrüßen daher die von der Ampelkoalition in Berlin beschlossenen höhere Minijobgrenze. Sie ist ein Gebot der Fairness und für viele

die einzige Chance, vom steigenden Mindestlohn auch finanziell zu profitieren.

- Wir Freie Demokraten erachten das bestehende Angebot als enorm wichtig, um zuvor entstandene Lücken zu schließen und den Menschen mehr berufliche Chancen zu eröffnen. Dafür brauchen wir mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung für die Arbeit in diesem Bereich.
- Wir stehen zu einer angemessenen tariflichen Vergütung und Bewertung der Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen. Für uns ist klar, dass gute Arbeit auch gut bezahlt werden muss. Die Höhe auszuhandeln, ist allerdings Aufgabe der Tarifpartner.
- Die Forderung nach Ausweitung und Flexibilisierung von Betreuungszeiten teilen wir.
- Als Freie Demokraten setzen wir uns dafür ein, dass die pflegerische Versorgung auch in Zukunft ein tragfähiges Fundament behält. Die pflegenden Angehörigen sind mit ihrem Einsatz eine tragende Säule der pflegerischen Versorgung in Deutschland. Dafür müssen sie aktuell auch mit beruflichen Nachteilen rechnen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf durch flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle erleichtern. Außerdem müssen pflegende Angehörige entlastet werden. Dies wollen wir etwa durch den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen, niedrigschwellige Beratungsangebote und den Einsatz von telepflegerischen Anwendungen erreichen und neue Modelle der Kooperation zwischen professioneller Pflege und den Angehörigen ausprobieren.
- Bei der Existenzgründung und insbesondere bei der Gründung von innovativen Unternehmen, so genannten Start-ups, ist Niedersachsen nur Mittelmaß. Wir setzen uns daher für ein stärkeres finanzielles Engagement durch das Land ein, um Niedersachsen zum Start-up-Standort Nummer eins zu machen.

4. GENDER BUDGETING

Aus Sicht der Freien Demokraten gibt es kein pauschales 'Ja' oder 'Nein' zum Gender Budgeting, da dieser Begriff oftmals sehr weit gefasst wird. Unterschiede in der Verteilung von Haushaltsmitteln sind eine Konsequenz aus zuvor getroffenen politischen Entscheidungen. Hier gilt es, die richtigen Grundsatzentscheidungen zu treffen, damit die Haushaltsmittel bei den richtigen Adressatinnen und Adressaten ankommen.

- Die von Ihnen geforderte Analyse des Landeshaushalts kann dabei helfen, eine gute Grundlage für künftige Entscheidungen zu schaffen.
- Gleiches gilt für die transparente Darstellung der Ergebnisse.
- Ob ein verpflichtender Gleichstellungsscheck für sämtliche Haushaltsmittel zielführend ist, müsste hingegen erst untersucht werden.
- Dies gilt auch für die Frage, ob Nachweise über den geschlechtergerechten Einsatz von Mitteln erforderlich ist und für die Prüfaufträge an den Landesrechnungshof.

5. GESUNDHEIT

Gesundheit ist eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Eine echte, gute Versorgung kann aber aus unserer Sicht nur durch ein freiheitliches Gesundheitssystem erreicht werden, das auf den Prinzipien des Wettbewerbs beruht, Solidarität und Eigenverantwortung miteinander verbindet und das Wohl der Patientinnen und Patienten in den Mittelpunkt der medizinischen Versorgung stellt.

- Als Freie Demokraten wollen wir für Niedersachsen eine flächendeckende und vor allem qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung durch alle Anbieter von Gesundheitsleistungen.
- Aus unserer Sicht ist es notwendig, eine solide finanzierte geburtshilfliche Versorgung mit dem Ziel einer 1:1-Betreuung nachhaltig sicherzustellen. Wir setzen uns für eine diesbezügliche Verbesserung ein und wollen dafür auch den Dialog mit den Hebammenverbänden suchen, um deren Sichtweise und Vorschläge in die Diskussion einfließen zu lassen.

- Wir Freie Demokraten setzen uns grundsätzlich dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient die beste Versorgung erhält. Dafür muss die Gesundheitsversorgung einschließlich der Geburtshilfe künftig umfassend, regional und patientenzentriert gedacht werden. Wir wollen die künstliche Sektorenbarriere zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich konsequent abbauen und die Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche weiterentwickeln. Um Frauen eine selbstbestimmte Geburt zu ermöglichen, treten wir dafür ein, dass es

weiterhin eine Wahlfreiheit zwischen einer Entbindung in einer Geburtshilfeklinik oder in einem Geburtshaus existiert. Hierfür müssen die Kliniken beziehungsweise Geburtshäuser personell und räumlich besser ausgestattet werden. Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sicherstellen. Gerade auch im ländlichen Raum müssen wir dafür sorgen, dass ein umfassendes Geburtshilfe- und Betreuungsangebot für Schwangere und Mütter in erreichbarer Distanz vorhanden ist.

- Wir Freie Demokraten wollen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Hebammen und Geburtshelfer sowie innovative Möglichkeiten für eine bessere Unterstützung. Wir befürworten Lösungen, um Hebammen vor unverhältnismäßigen finanziellen Belastungen ihrer freiberuflichen Arbeit zu schützen. Von fachfremden Tätigkeiten wollen wir Hebammen entlasten. Engagierten Schulabsolventinnen und Schulabsolventen, die EU-Mindestvorgaben zum Erlernen des Hebammenberufes nicht erfüllen, wollen wir bezüglich des Ziels einer solide finanzierten Eins-zu-eins-Betreuung dennoch ermöglichen, in der Geburtshilfe tätig zu werden. Dafür schlagen wir vor, den ergänzenden Beruf der „Mütterpflegekraft“ für die Vor- und Nachsorge im Wochenbett einzuführen.
- Für uns Freie Demokraten sind Kinder unsere Zukunft. Wir wollen dazu beitragen, der geburtshilflichen Gesundheitsversorgung einen entsprechenden Stellenwert in der öffentlichen sowie gesundheitspolitischen Debatte zu verschaffen. Die angemessene Erreichbarkeit von Geburtsstationen ist dabei für uns eine Selbstverständlichkeit.
- Wir Freie Demokraten setzen uns für einen qualitäts-, effizienz- und innovationssteigernden Wettbewerb unter den Kassen ein. Diese sollen ihren Versicherten freiwillig zusätzliche Leistungen anbieten können, wie beispielsweise die Kostenübernahme für Verhütungsmethoden über das 22. Lebensjahr hinaus.
- Wir Freie Demokraten setzen uns für einen umfänglichen und sicheren Zugang ein. Zudem ist aus unserer Sicht wichtig, dass Ärztinnen und

Ärzte verlässliche Regeln haben, wie sie informieren dürfen und dass Frauen ein flächendeckendes und objektives Beratungsnetzwerk zur Verfügung steht. Wir begrüßen daher die Streichung des Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in der medizinischen Ausbildung eine entsprechende Rolle spielt. Dadurch wird eine gute medizinische Versorgung gewährleistet.

- Wir begrüßen, dass die Gesundheitsberichterstattung des Bundes kontinuierlich aktuelle Daten und Informationen zum Gesundheitszustand und zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung in Deutschland zur Verfügung stellt und dass in diesem Rahmen der Frauengesundheitsbericht wichtige Aspekte der Gesundheit von Frauen in Deutschland abbildet. Daher begrüßen wir die Idee eines niedersachsenspezifischen Frauengesundheitsberichts. Dabei ist es selbstverständlich, dass aus diesem Bericht resultierende Maßnahmen auch zu beachten sind.

6. GEWALT

Wir Freie Demokraten setzen uns gegen jede Art von Gewalt ein und fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Frauen, aber auch Männer, müssen, wenn sie Gewalt erlitten haben, schnell und unkompliziert Schutz erhalten. Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das insbesondere die Präventionsarbeit als wesentlichen Bestandteil umfasst und eine bessere Koordinierung der beteiligten Akteure beinhaltet.

- Wir teilen daher Ihre Forderung, die Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen in Niedersachsen nachhaltig zu finanzieren und bedarfsgerecht auszustatten. Diese Position hat die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag Niedersachsen bereits in den vergangenen Jahren in die Beratungen des Landeshaushalts eingebracht.
- In diesem Sinne unterstützen wir auch die Forderung, ausreichend Beratungs- und Therapieangebote in Niedersachsen vorzuhalten.
- Die Täterarbeit ist ein Bereich, der leider viel zu oft vergessen wird. Sie fordern richtigerweise, diese Angebote auszubauen und zu unterstützen. Wir als Freie Demokraten stehen hinter dieser Forderung und unsere Fraktion im Landtag hat hier in der vergangenen Legislatur regel-

mäßig in den Haushaltsberatungen beantragt, die Mittel für die Täterarbeit zu erhöhen.

- Auch wir sehen die Probleme geschlechtsbezogener digitaler Gewalt und wollen uns für einen besseren Schutz einsetzen. Wir fordern, der Bekämpfung von Gewalt im Internet Priorität einzuräumen. Um Straftaten insbesondere gegenüber Frauen besser zu bekämpfen, müssen geschlechterspezifische digitale Straftaten in Kriminalitätsstatistiken aufgenommen werden. So können konkrete Handlungsbedarfe abgeleitet und umgesetzt werden.
- Schulungen für Polizei, Justiz und Lehrpersonal zum Thema Gewalt können für uns erheblich dazu beitragen, das Problembewusstsein zu erhöhen.
- Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass der Landesaktionsplan III umgesetzt und weiterentwickelt werden sollte.

7. GLEICHSTELLUNGSSTRUKTUREN

Als Freie Demokraten stehen wir daher für einen liberalen Feminismus ein, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume erweitern will. Der liberale Feminismus strebt die Selbstbestimmung aller Individuen frei von gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen aufgrund ihres gewählten oder biologischen Geschlechts an. Er ist daher männlich, weiblich und divers. In diesem Zusammenhang fordern wir eine geschlechtsneutrale Gesetzesfassung. Ausgenommen sind sachlich begründete Differenzierungen wie beispielsweise im Mutterschutz oder Strafvollzug.

- Die Forderung nach einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie des Landes findet unsere Zustimmung. Unserer Auffassung nach ist auch die bisher stattfindende Überprüfung von Gesetzen auf Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung, die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern, auf Familien und auf Menschen mit Behinderung richtig und wichtig. Soweit mit Maßnahmen Vorgaben mit gleichstellungsrelevanten Anteilen gemeint sind, findet auch die unsere grundsätzliche Zustimmung.
- Wir wollen die staatliche Erfassung des Geschlechts grundsätzlich auf Forschungszwecke reduzieren.

- Als Freie Demokraten unterstützen wir die Forderung nach einer zukunftsfähigen Fortentwicklung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes (NGG). Wir sind der Auffassung, dass Gesetze regelmäßig auf Ihre Aktualität hin überprüft werden sollten. Dabei stehen zu den Grundsätzen des Art. 33 Abs. 2 GG und § 9 Beamtenstatusgesetz und wollen ideologiefreie Lösungen zur Frauenförderung entwickeln. Wir stehen zur Förderung des jeweils benachteiligten Geschlechts.
- Wir bedauern die nach wie vor bestehende strukturelle Benachteiligung von Frauen und setzen uns dafür ein, dass die Funktion der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gestärkt wird. Die Pflicht von Kommunen zur Berufung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten sehen wir ab 15.000 Einwohner für notwendig an (halbe Vollzeiteinheit). Die Pflicht zur Berufung einer/eines Gleichstellungsbeauftragten in Vollzeit soll ab 25.000 Einwohner gelten. In Gemeinden mit unter 15.000 Einwohner setzen wir uns für die Bestellung einer/eines Gleichstellungsbeauftragten (halbe Vollzeiteinheit) als freiwillige Aufgabe der Kommune ein.
- Wir stehen zu einer auskömmlichen finanziellen Förderung der gleichstellungspolitischen Infrastruktur.

8. MIGRATION UND INTEGRATION

Als Freie Demokraten sehen wir Migration und Integration als Querschnittsaufgabe. Es braucht ein Einwanderungsgesetz aus einem Guss, um die Zuwanderung nach Deutschland sowie Integration und Partizipation von Einwanderinnen und Einwanderer ganzheitlich regeln. Wir wollen, dass Zugewanderte ein Teil unserer Gesellschaft werden können und zu ihrem Gelingen beitragen. Deshalb wollen wir Integration und Partizipation fördern und dafür beispielsweise zusätzliche Integrationsmaßnahmen ermöglichen, die sich gezielt an Frauen, Kinder und Senioren, aber auch an besonders schutzbedürftige Personengruppen richten.

- Wir teilen Ihre Forderung, Qualifikationen leichter anzuerkennen und fehlende Bildungsabschlüsse leichter nachzuholen zu können.
- Sprache ist ein wichtiger Schlüssel zur Integration. Wir wollen die bestehenden Angebote zur Sprachförderung verbessern.
- Auch nach Auffassung der Freien Demokraten gilt es Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für Alleinerziehende und von Zwangsheirat,

Menschenhandel, Zwangsprostitution oder Genitalverstümmelungen bedrohte oder betroffene Frauen auszubauen.

- Prävention, Krankheitsfrüherkennung und Gesundheitsförderung kommt eine wichtige Bedeutung zu, die nicht nur das Gesundheitswesen umfasst, sondern altersunabhängig die gesamte Gesellschaft. Ein guter Zugang für die Angebote in diesem Bereich ist daher für uns von großer Wichtigkeit.
- Wir wollen es Menschen ermöglichen, sich dauerhaft in Niedersachsen zu integrieren. Integrationshelferinnen und -helfer leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, den wir gerne unterstützen. Wir wollen echte Teilhabe ermöglichen, etwa durch die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes, der Pflege und weiterer Bereiche unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

9. NACHHALTIGKEIT

Für uns Freie Demokraten ist Nachhaltigkeit ein Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es geht darum, die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt nachfolgender Generationen zu sichern. Dies erfordert eine sachgerechte Verknüpfung ökologischer, ökonomischer und sozialer Erfordernisse.

- Wir Freie Demokraten wollen Gendergerechtigkeit, Inklusion und soziale Belange auch in der Verkehrs- und Mobilitätsplanung stärker als bisher berücksichtigen. Dabei treten wir für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aussehen, Religion oder politischer Ansichten frei leben und sich frei äußern kann. Wir stehen für einen liberalen Feminismus, der auf der Rechtsgleichheit aller Geschlechter aufbaut und für alle Individuen Freiheits- und Entfaltungsräume erweitern will. Wir fordern die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, denn barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Von ihr profitieren Menschen mit Behinderungen, Familien mit Kindern, ältere Menschen und letztlich wir alle, denn Einschränkungen der Mobilität erfährt zeitweise jede und jeder Einzelne.
- Wir treten für einen Mix und fairen Wettbewerb moderner Mobilitätsdienstleistungen ein, wodurch die Attraktivität geteilter Mobilität, die individuelle Bedürfnisse und die Auslastung des Verkehrsmittelbe-

stands verbessert wird und neue nachhaltige Mobilitätskonzepte den Verbrauchern zur Verfügung stehen. Dieser Wettbewerb berücksichtigt selbstverständlich auch die unterschiedlichen von Ihnen angesprochenen Bedarfe.

- Während der ÖPNV in den Ballungszentren Niedersachsens im Schnitt bereits gut ausgebaut ist, gibt es im ländlichen Raum noch mehr Bedarfe. Der ÖPNV im ländlichen Raum steckt in dem Dilemma langer Fahrzeiten, geringer Nachfrage und Auslastung, ausgedünnten Angebots und eines Attraktivitätsverlusts wegen hoher Kosten. Lange Strecken und geringe Bevölkerungsdichte können nicht geändert werden. Wir sehen aber, dass Internet, Smartphones und Apps sowie Echtzeitortungsdaten sich aber mit neuen Angeboten wie Smart- und Shared-/On-Demand-Mobility-Angeboten mit zukünftig fahrerlosen und autonomen Fahrzeugen verbinden lassen. Um diese Herausforderungen und Möglichkeiten im ländlichen Raum zu verknüpfen, müssen unserer Auffassung nach vernetzte Projekte, die Möglichkeiten und Bedarfe zusammenführen, ausprobiert und bewertet werden.
- Die Schaffung neuen Wohnraums hat für uns Priorität, um die aktuell schwierige Situation zu entspannen. Das gilt sowohl für Mietwohnungen als auch für den Erwerb von Eigenheimen. Für eine Stärkung der Bauvorhaben setzen die Freien Demokraten nicht auf Verbote und kleinteilige Vorgaben, sondern auf Bürokratieabbau, Vereinfachungen und Beschleunigungen von Bauvorhaben und mehr Transparenz in der Förderlandschaft. Wir wollen insbesondere bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten und dazu die Zuschüsse des Landes für den Sozialen Wohnungsbau besser nutzen. So können wir deutlich mehr Investitionen auszulösen und mehr Wohnungen zu schaffen. Die NBank als Förderbank des Landes soll zur Investitionsagentur weiterentwickelt werden. Um günstigen Wohnraum langfristig zu sichern, sollte das Land die Kommunen darin unterstützen, geeignete eigene Flächen als Erbbaugrundstücke zur Verfügung stellen zu können und mit Anbietern günstigen Wohnraumes dadurch günstigere Belastungen auch über längere Zeiträume als die Förderdauer hinweg aushandeln zu können. Anhand praktischer Erprobung in Modellprojekten sollen Empfehlungen entwickelt werden, welche Auflagen im Sinne günstigen Bauens entbehrlich sind, wo geschickte Baugestaltung zu Materialersparnis oder geringerem Energiebedarf führen können.

- Die Wohnkostenkrise ist eine der sozialen Fragen unserer Zeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass endlich mehr, schneller und günstiger gebaut werden kann. Denn wir können den Wohnungsmangel nicht wegeregulieren. Wir Freie Demokraten wollen zudem für Menschen mit niedrigem Einkommen einen echten Zugang zu günstigem Wohnraum schaffen. Dazu muss sich die soziale Wohnraumversorgung an der potentiellen Mieterin und nicht nur am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Wir wollen zahlungsschwachen Wohnungssuchenden den Zugang zum freien Wohnungsmarkt mithilfe des Wohngeldes erleichtern. Erst wenn dort die Wohnungssuche erfolglos bleibt, soll die Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung erteilt werden.

10. TEILHABE UND REPRÄSENTANZ

Wir Freie Demokraten wollen mehr Frauen in den Parlamenten und setzen uns für mehr Diversität ein.

- Den Weg über einen gesetzlichen Zwang sehen wir kritisch. Die bisherigen Versuche, in einigen Bundesländern Paritätsgesetze einzuführen, waren allesamt verfassungswidrig, was klar macht, dass sich ein solches Gesetz nicht ohne genaueste Prüfung einführen lässt. Wir sind daher der Auffassung, dass die Frage, ob eine angemessene Berücksichtigung von Frauen bei der Kandidatenaufstellung in der Verantwortung der Parteien liegen muss oder ob es möglich ist, gesetzgeberische Vorgaben zu machen, genau geprüft werden sollte. Ein möglicher Weg wäre aus unserer Sicht die Einsetzung einer Enquete-Kommission im Landtag, die sich mit diesem Thema beschäftigt.
- Selbstverständlich würden wir einen höheren Anteil von Frauen in Gremien und Regierungsämtern begrüßen. Feste Vorgaben im Sinne einer Parität sehen wir aber kritisch.
- Wir teilen das Ziel, Frauen in Führungspositionen zu stärken und sichtbar zu machen. Das gilt auch für uns als Partei. Unser erklärtes Ziel ist es, die Vielfalt in unserer Partei zu stärken. Bei uns soll jedes Mitglied faire Chancen haben, eigene Talente in die Partei einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. Dafür wollen wir die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteiarbeit vereinfachen, die Nutzung von geeigneten Online-Beteiligungsmöglichkeiten erproben, moderne und ansprechende Veranstaltungsformate entwickeln sowie bestehende

Formate attraktiver und effizienter gestalten. Darüber hinaus fördern wir das Engagement von Frauen in besonderer Weise, beispielsweise über das Empowerment Programm der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

- Die Forderung nach einem Abbau von Rollenstereotypen findet unsere Unterstützung.
- Empowerment und Sensibilisierung sind für uns nicht auf ein Geschlecht begrenzt und - dort, wo es nötig ist - zu fördern.
- Wir begrüßen Ihre Forderung nach einer geschlechtergerechte Engagementstrategie. Aus unserer Sicht gilt es das jeweils benachteiligte Geschlecht zu fördern.

Mit freundlichem Gruß

i.A. Helge Gülzau
Referent für Kampagne & Kommunikation